

Es gilt das gesprochene Wort.

Neunkirchen, den 13.12.2017

**Stellungnahme der CDU-Fraktion Neunkirchen  
zum Produkthaushalt 2018**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,  
meine Damen und Herren,

Es sind die Themen der großen Politik die uns zurzeit umtreiben. Die Bevölkerung Großbritanniens hat sich in einem Volksentscheid für den Austritt aus der EU ausgesprochen, die Verhandlungen über die Austrittsbedingungen laufen derzeit. In der Türkei fand nach einem Putschversuch eine Entlassungs- und Verhaftungswelle statt, gepaart mit einem ausgeprägten Nationalismus. In den USA gewann ein Präsident die Wahlen, dessen Devise lautet: „America first.“ In Syrien gelingt es dem Assad Regime mit Unterstützung des russischen Militärs in einem von Zerstörung, Not und Leid geprägtem Land seine Herrschaft zu festigen. Der ungelöste Ukrainekonflikt gerät schon fast in Vergessenheit und Israelis und Palästinenser stehen sich noch immer unversöhnlich gegenüber.

In zahlreichen europäischen Ländern errangen rechtspopulistische und nationalkonservative Parteien Erfolge. Bei mehreren Landtagswahlen und bei der Bundestagswahl in Deutschland verzeichnen „ewig Gestrige“ zweistellige Zuwachsraten. Sie lehnen den Euro ab und versuchen sich als „Ein Themen Partei“ in der Flüchtlingspolitik von den anderen Parteien abzugrenzen.

Diese Populisten geben einfache Antworten auf komplizierte Fragen, spalten die Gesellschaft und versuchen gesellschaftspolitisch das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sogenannten gesellschaftlichen Eliten wird vorgeworfen taub für echte Probleme zu sein, Menschen demonstrieren, in sozialen Medien radikalieren sich Meinungen und Stimmen – Unbehagen, Ängste, Bedrohungsszenarien, politisches Feldgeschrei greifen um sich.

Die vorgenannten Geschehnisse haben und werden zukünftig ihre Spuren auch bei uns hinterlassen. Diese Entwicklungen beeinflussen auf Dauer auch das Leben und Handeln in unserer Gemeinde. Klar sollte sein, welche hohe Bedeutung der Freihandel für unsere heimische, exportorientierte, südwestfälische Industrie hat. Abschottung, Protektionismus und Nationalstaatsdenken schaden uns allen. Arbeitsplätze und Wohlstand gehen verloren, sollte sich der vorgenannte weltweite Trend weiter durchsetzen.

Anfang dieses Jahres stand die Flüchtlingspolitik im Mittelpunkt der Haushaltsreden die hier gehalten wurden. Dieses Thema wird uns sicher weiter beschäftigen, aber es hat, insbesondere was die Zahl der ankommenden Flüchtlinge betrifft, an Brisanz verloren. Mit Blick auf die zurückliegenden Jahre 2016 und 2017 können wir als Kommune eine positive Bilanz ziehen. Allen Asylsuchenden, die uns von der Bezirksregierung zugewiesen wurden, konnten wir Wohnraum bieten. Aber damit darf es nicht getan sein, denn unsere eigentliche Aufgabe, die Integration, beginnt jetzt. Wenn das Asylverfahren abgeschlossen ist, benötigen die Migranten eine Perspektive in Deutschland. Langfristig unerlässlich dafür sind das Erlernen der Sprache, eine Anschlussunterbringung und nicht zuletzt ein Arbeitsplatz. An dieser Stelle unser Dank an Herrn Multhaupt der im Rahmen der Flüchtlingsarbeit in Verbindung mit der Gemeinde schon über 90 Flüchtlinge, die in der Gemeinde Neunkirchen leben, in Lohn und Brot gebracht hat bzw. in eine Hospitation vermitteln hat. Ein im Kreis einmaliges Projekt. Dies ist kein zeitlich begrenzter, sondern ein dauerhafter Prozess. Die bei uns in der Flüchtlingsarbeit unzähligen freiwilligen Helferinnen und Helfer haben gezeigt, wie manches gelingen kann. Daher sind in der heutigen Zeit bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Hilfe wichtige Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Doch kommen wir nun zum Haushalt 2018. In der Ratssitzung am 19. Oktober wurde uns der Haushaltsplanentwurf 2018 vorgestellt. Bürgermeister Bernhard Baumann bewertete ihn aus politischer Sicht, das Zahlenwerk wurde vom Kämmerer Marco Schwunk erläutert. Wie immer, insbesondere für die weiter darauffolgenden Jahre, ist es der berühmte Blick in die Glaskugel, denn manche Entwicklungen und Ereignisse die sich auch unmittelbar auf unsere Kommune auswirken, können von uns nicht beeinflusst werden und sind daher kaum prognostizierbar. Ich gestehe gerne ein, dass es jedes Jahr von neuem einige Zeit braucht, um sich darin zurecht

zu finden und die zahlreichen Fachbegriffe und Definitionen auseinanderhalten, definieren und richtig zuordnen zu können.

Also: was steht nun drin, in unserem Haushalt?

Da ist erstmal der Ergebnisplan:

Nach den letzten Zahlen, die dem Haupt- und Finanzausschuss am vorletzten Donnerstag vorgelegt wurden, erwirtschaftet die Gemeinde Neunkirchen in 2018 einen Ertrag in Höhe von knapp 30,8 Mio. EUR. Dieser Ertrag setzt sich aus verschiedenen Komponenten zusammen, dazu gehören Steuern und Abgaben, Zuschüsse vom Land aber auch Geld, das nur auf dem Papier existiert, wie z.B. Auflösung von Sonderposten, für die tatsächlich kein Geld fließt, sondern nur Positionen die hin- und her gebucht werden.

Ebenso verhält es sich mit den Aufwendungen, die in 2018 rund 32,1 Mio. EUR betragen sollen. Auch hierbei handelt es sich zum Teil um echtes Geld, das fließt, wie z.B. die Gehälter, die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen, Kreditzinsen und einschließlich der Rückstellungen für später zu leistende Pensionszahlungen usw. Und auch, und das ist mir wichtig an dieser Stelle: um die Abschreibungen von getätigten Investitionen.

Also wie im Vorjahr kein tolles Ergebnis, der sogenannte Aufwanddeckungsgrad liegt bei rund 95% und wir müssen knapp 1,3 Mio. EUR aus der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplanes entnehmen. Diese allgemeine Rücklage eigentlich das Eigenkapital der Gemeinde Neunkirchen ist damit von 2008 in Höhe von rund 41,5 Mio. EUR bis 2018 also in genau 10 Jahren um 33,5 Mio. EUR abgebaut worden oder aber anders ausgedrückt um 80,74 %.

Um einen noch größeren Abbau der allgemeinen Rücklage zu verhindern und um den Haushaltsausgleich 2020 zu erreichen hat der Rat im Jahr 2015 für das Jahr 2018 die Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer beschlossen. Dieser Beschluss muss nun in 2018 umgesetzt werden. Auch die CDU stimmt mehrheitlich diesem Beschluss der Erhöhung zu (Grundsteuer B von 475 auf 525 Prozentpunkte und Gewerbesteuer von 425 auf 435 Prozentpunkte). Diese Erhöhung macht rund 400.000 EUR aus (bis 2020 1,2

Mio. EUR). Glücklicherweise hat die neue Landesregierung den sogenannten Kommunalsoli ab dem Jahre 2018 abgeschafft, (Er sah vor, dass sich die finanzstärkeren Kommunen solidarisch zeigen und neben Milliardenleistung Leistungen des Landes ebenfalls einen Beitrag zur Sanierung notleidender Städte leisten sollten) anderenfalls hätte die Gemeinde Neunkirchen weitere rund 400.000 EUR für den Kommunalsoli aufbringen müssen. Dies und eine Nichterhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer hätte zur Folge gehabt, dass die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in 2018 um 800.000 EUR höher ausgefallen wäre und damit auch in den Folgejahren 2019 und 2020. Also nicht rund 1,3 Mio. EUR wie oben aufgeführt, sondern 2,1 Mio. EUR was den Haushaltsausgleich in 2020 wiederum deutlich schwieriger gemacht hätte, wenn nicht gar unmöglich.

Auf einige Posten im Ergebnisplan möchte ich an dieser Stelle noch kurz eingehen. Da ist bei den Erträgen die Gewerbesteuer mit 12.800.000 EUR. Bei den Aufwendungen die Kreisumlage einschließlich der Mehrbelastung Jugendamt mit 12.480.000 EUR und die Gewerbesteuerumlage mit 990.000 EUR. An diesen Zahlen kann man sehen dass die Haupteinnahmequelle der Gemeinde Neunkirchen die Gewerbesteuer sozusagen ein durchlaufender Posten ist und Kreisumlage und Gewerbesteuerumlage davon noch nicht einmal gedeckt werden. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer beträgt 1.880.000 EUR der Anteil an der Einkommensteuer 5.900.000 EUR. Dieser Anteil wird über den Verbundsatz des Landes aus seinem Steueraufkommen für den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellt. In den 80er-Jahren wurde dieser Verbundsatz in Nordrhein-Westfalen von 28,5 % schrittweise auf 23 % gesenkt. Dieser Prozentsatz gilt noch heute. Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen bezeichnet diese Verbundsatzsenkung als eine Hauptursache der strukturellen kommunalen Unterfinanzierung. Mit dieser Senkung begann auch die rasante Verschuldung vieler Kommunen in NRW. Neben der interkommunalen Verteilungungerechtigkeit stellt diese Minder-Dotierung der Finanzausgleichsmasse schon seit Jahren einen wesentlichen Kritikpunkt der NRW-Kommunen dar. Daraus abgeleitet ergibt sich die Kernforderung, den Kommunen entsprechend ihren Aufgaben und ihrem verfassungsgemäßen Recht auf eine finanzielle Mindestausstattung Gelder zur Verfügung zu stellen. Nur so kann die strukturelle Unterfinanzierung, die sich auch im Neunkirchener Haushalt widerspiegelt, nachhaltig beseitigt werden. Die Konsolidierungsmaßnahmen in den Kommunen sind endlich und haben bereits vielerorts bei den Steuerhebesätzen zu Grund- und Gewerbesteuern

geführt, die der Bevölkerung nur noch schwer vermittelbar sind. Auch wir wie bereits oben aufgeführt sind von diesen Hebesätzen betroffen.

Im Ergebnisplan sind auch für die Bauunterhaltung 863.200 EUR veranschlagt, unter anderem für die Dachsanierung Familienbad 200.000 EUR, Rathaus 99.500 EUR, Gymnasium 180.000 EUR, Leyhof 95.000 EUR und Mittel für weitere 16 Maßnahmen. Für die Straßenunterhaltung sind 273.000 vorgesehen, unter anderem für eine Deckenerneuerung in der Bahnhofstraße 108.000 EUR.

Der zweite große Teil ist der Finanzplan:

Hier geht es ausschließlich um Geldströme, d.h. um jede kassenwirksame Geldbewegung. Hier haben wir auf der einen Seite die „Einzahlungen“ wie z.B. Investitionszuschüsse, Ausbaubeiträge, Schul- und Sportzuschüsse usw. Dagegen stehen die „Auszahlungen“, z.B. für die im Haushaltsjahr 2018 geplanten Investitionen in Höhe von mehr als 4 Mio. EUR.

Alles in allem haben wir ca. 1,3 Mio. EUR mehr Auszahlungen als Einzahlungen. Addiert man die rund 281.000 EUR aus der Unterdeckung der laufenden Verwaltungstätigkeit hinzu, reduziert sich der Liquiditätsbestand um rund 1,6 Mio. EUR. Um die Unterdeckung bei der Investitionstätigkeit auszugleichen müssen neue Kredite in Höhe von 1.229.750 EUR aufgenommen werden.

Bei den Investitionen handelt es sich unter anderem für den Bauhof um 169.000 EUR für Fahrzeuge, Anbaugeräte und um eine Gerätehalle. Modernisierung Kopernikusschule 250.000 EUR, Aula 230.000 EUR und Großturnhalle 402.500 EUR. Erweiterung Mensa Sekundarschule 350.000 EUR. Für den Straßenbau K23 224.000 EUR, Lohmannsfeld 680.000 EUR wobei diese Maßnahme mit einem Sperrvermerk versehen wird, stattdessen Planungskosten Mühlenbergstraße und eine noch zu bestimmende Ersatzmaßnahme nach der Prioritätenliste die der Rat aufgestellt hat. Für eine neue Drehleiter der Feuerwehr, die alte wird 30 Jahre alt, sind 600.000 EUR vorgesehen, wobei derzeit noch Mietkauf und Leasing geprüft wird. Mietkauf oder Leasing haben keine Auswirkung auf den Ergebnisplan 2018, sondern wenn nur auf die Kreditaufnahme. Weiterhin handelt es sich um Planungskosten für die Straße Am Altenberg 60.000 EUR und für den Rassberg 30.000 EUR und um weitere kleinere Maßnahmen.



Die Kanal-, Wasser-, Müll- und Friedhofsgebühren bleiben konstant.

Die Entwicklung der Kassenkredite, der sogenannte Dispo der Gemeinde, bereitet uns nach wie vor große Sorgen. Im Haushaltsplan wird die Höhe zur Liquiditätssicherung auf 25.000.000 EUR festgesetzt. Kassenkredite sind eigentlich nur dazu da kurzfristige Liquiditätsengpässe auszugleichen, bei uns ist es eine Methode zur Ausgabenfinanzierung, denn die Kassenkredite steigen kontinuierlich an – d. h. wir geben im Haushaltsjahr mehr aus als wir haben und dies mit erheblichem Umfang. Welcher Haushalt kann dies langfristig stemmen? Hinzu kommen noch die allgemeinen Risiken, die in jedem Haushalt vorhanden sind. Bei einer Zinssteigerung kommen ungeahnte Belastungen auf die Gemeinde zu.

Abschließend möchte ich noch Herrn Schwunk und seinem gesamten Team in der Kämmerei für die im Rahmen der Aufstellung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs geleisteten Arbeiten herzlich danken. Dieser Dank gilt auch allen anderen Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, die unserer Arbeit unterstützen.

Die CDU-Fraktion wird dem vorgelegten Haushalt und der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes und dem Stellenplan mehrheitlich zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Bernd W. Müller  
Fraktionsvorsitzender